

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile und Tag.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeiger für das Erzgebirge sind in der Regel 10 Pf. pro Zeile und Tag zu berechnen. Bei längerer Dauer sind besondere Abmachungen zu treffen. — Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile und Tag.

Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 274

Dienstag, den 25. November 1924

19. Jahrgang

Eine Kanzlerrede in Köln.

Durch Arbeit zur Freiheit. — Erfüllungspolitik im Rahmen des Möglichen. — Arbeitsgemeinschaft aller arbeitswilligen parlamentarischen Kräfte. — Wiederaufbau durch die Republik.

Köln, 23. Nov. In der überfüllten Messehalle sprach heute vormittag der Reichskanzler Dr. Brüning. Unter den Ehrengästen befanden sich u. a. auch der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Guch, der Regierungspräsident von Köln, Graf Welmann und der Kölner Bischof Hammels. Gleichseitig fand im Ehrenhof der Messe eine Parallelversammlung statt, der die Ausführungen des Kanzlers mittels Lautsprechers zugänglich gemacht wurden. Der Kanzler erklärte u. g.: Hier im besetzten Gebiet ist es völlig überflüssig zu erwähnen, ob die Londoner Konferenz Erfolg gehabt hat. Das rheinische Volk weiß es in seiner Gesamtheit, daß eine bessere Zeit über Rhein und Ruhr gekommen ist. Die Wiederherstellung der Verwaltung in den besetzten Gebieten sichert die Rückkehr normaler Zustände. 1800 Quadratkilometer deutschen Bodens mit rund 900 000 Menschen sind von fremden Truppen frei.

Wir wissen, daß die übrigen besetzt gehaltenen rheinischen Gebiete auch dann noch schwere Lasten zu tragen haben werden. Wie bisher, werden wir aber auch dann alles tun, was wir tun können, um diese Last zu erleichtern. Wir haben durch die Annahme des Dawesgutachtens und durch alles, was dieser Annahme folgte, unseren Willen zur Verständigung vor aller Welt durch die Tat bewiesen.

Wer eine Politik der Verständigung beginnt, der muß sie auch zu Ende führen. Wir sind dazu bereit, im Interesse des Rheinlandes, im Interesse Deutschlands.

Ich bedaure es außerordentlich, daß in die Zeit der in London eingeleiteten und seither doch sichtbar fortgeschrittenen Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen die Verhaftung und

Berurteilung des Generals von Nathusius gefallen ist. Wir wollen den Fall nicht zu einer Angelegenheit der politischen Propaganda oder der Aufweckung nationaler Leidenschaften machen, wir wollen aber nach Kräften dafür sorgen, daß einem Unschuldigen sein Recht wird.

Der Kanzler kam dann auf die Reichstagsauflösung zu sprechen, die sich nicht vermeiden ließ. Ich habe mir nach der Annahme der Dawesgesetze erhebliche Mühe gegeben, Deutschnationale sowohl als auch Sozialdemokraten zur Teilnahme an der Regierung zu veranlassen. Es wäre wider alle Regeln der politischen Logik gewesen, das Kabinett nach Ausschleiden der Demokraten aus den Reihen der Reichstagsmitglieder zu erweitern und eine Gefährdung der bisher verfolgten und oft genug mißlungen durchgeführten Politik der Verständigung herbeizuführen. Hätte ich es verantworten können, lediglich um einen Protest anzubringen, die Londoner Konferenz zu sprengen und mit leeren Händen aus London zurückzukommen? Ein solches Babanque-Spiel konnte ich nicht verantworten.

Als die jetzige Regierung ihr Amt übernahm, da hatte sie vornehmlich

dreifache Aufgaben

zu erledigen: Stabilisierung der Währung, Bilanzierung des Staats und die Wiederbelebung der Wirtschaft. In Ausführung dieser Pflicht hat die Regierung sowohl auf dem Gebiete des Finanz- und Steuerwesens, als auch der wirtschaftlichen Betätigung, Anordnungen getroffen, die die schärfste Kritik von vielen Seiten gefunden haben. Der Erfolg hat aber den Zweifel geliefert, daß die Regierung mit ihren Worten und weitgehenden Maßnahmen auf dem richtigen Wege gewesen ist. Zur Aufwertung gab der Kanzler die Versicherung ab, daß die Regierung keinen Augenblick die Frage aus dem Auge verloren hat, wie die durch Krieg und Inflation eingetretene schwere Vermögensminderung soweit wie irgendmöglich beseitigt und ersetzt werden könnte. Aber keine Maßnahme ohne Regelung vorgekommen werden, die den jetzt vielfach in demagogischer Form sich bemerkbar machenden Ansprüchen gerecht wird.

men werden, die den jetzt vielfach in demagogischer Form sich bemerkbar machenden Ansprüchen gerecht wird.

Zur Frage des Bürgerloos

erklärte der Kanzler: Einem Bürgerloos, in dem wir nur den Steigbügelhalter für den völkischen Bloß abgeben, indem die Führung der Außenpolitik an den völkischen Bloß übergeht, lehne ich unter allen Umständen ab, weil er außenpolitisch zum vollständigen Bruch mit unserer bisherigen Politik und innenpolitisch zu Kämpfen führt, die wir einfach nicht ertragen können. Auch nach dem 7. Dezember hat jede praktische Politik zur Voraussetzung, daß wir alle arbeitswilligen Kräfte des Parlaments zusammenfassen zur positiven Arbeit am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Deutschlands.

Der Kern der Arbeitsgemeinschaft wird und muß die Mitte bleiben; Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten; ihre im alten Reichstag erprobte Zusammenarbeit wird sich, das hoffe ich bestimmt, auch im neuen bewähren. Die Parole muß heißen: Durch Arbeit zur Freiheit!

Wenn es aber zur Regierung gelangt, um diese Politik der Erfüllung im Rahmen des Möglichen, diese Politik der Verständigung zu realisieren, und sie im Gegenteil zu beschreiten, denn wufen wir heute schon zu, daß wir mit ihm keine Gemeinschaft machen. Wenn wir unsere Schritte nicht in unerschütterlichen inneren Rhythmen bewegen wollen, müssen wir uns damit abfinden, daß der

Wiederaufbau Deutschlands durch die deutsche Republik erfolgt. Das heißt, daß alle, ohne Ausnahme, sich endlich auf den Boden dieser durch die Verfassung gegebenen Tatsache stellen müssen. Die Weimarer Verfassung ist kein Produkt der Revolution, sie ist höchstes Recht, sie hat dem chaotischen Zustand, der monatelang in Deutschlands herrschte, ein Ende gesetzt, und wir müssen verlangen, daß sie von allen respektiert wird. Aber mit der Weimarer Verfassung nicht einverstanden ist, der mag auf dem durch die Verfassung selbst gesetzten Wege eine Menderung erstreben, daran soll niemand gehindert werden. Wer aber diesen Weg verläßt, wer mit Gewalt erreichen will, was ihm auf dem verfassungsmäßigen Wege nicht gelingt, begeht ein Verbrechen am Volke, und die Regierung hat die Pflicht, das Volk davor zu schützen. Die Verfassung ist und bleibt das Grundgesetz, die Wahrung vor diesem Grundgesetz ist höchste staatsbürgerliche Pflicht und es ist weder national noch christlich, diese Wahrung zu untergraben.

Die Ausführungen des Kanzlers fanden stürmischen minutenlangen Beifall. Nach dem Kanzler sprach Universitätsprofessor Dr. Rauber über kulturpolitische Fragen.

Strefemann in München.

München, 23. November. In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei warnte Reichsminister Dr. Strefemann hinsichtlich der Aufwertungsfrage vor den vielen Versprechungen während des Wahlkampfes. Er sehe allerdings die Pflicht des Reiches zur Aufwertung gegenüber den Zeichnern der Kriegsanleihe als gegeben an, nicht aber gegenüber denen, die Kriegsanleihe nach dem Kriege im Börsenspiel erworben hätten. Auch die Aufwertung der Hypotheken müsse herausgestellt werden. In der Beamtenbesoldung seien die gebieten Parteien jetzt besetzt. Man dürfe nicht die besten Kräfte dem Staatsdienst durch die Wirtschaft wegnehmen lassen. Bei der Behandlung außenpolitischer Fragen betonte der Redner, Deutschland bleibe nach der Abrüstung von Meer und Flotte nur noch die nationale Idee. Bei Erörterung der Stellung der deutschen Wirtschaft innerhalb der Weltwirtschaft, für welche die wirtschaftliche Verständigung in London notwendig gewesen sei, wies der Redner die Verschieben gegen das Londoner Abkommen erhobenen Vorwürfe zurück und betonte, das Interesse des internationalen Kapitals an der Wiederherstellung Deutschlands sei die beste Bürgschaft dafür, daß das Reparationsproblem nicht wieder auf dem demagogischen Weg verwirklicht werde.

Dr. Ekeners Heimkehr.

Berlin, 24. November. Zur Begrüßung Dr. Ekeners waren gestern nachmittag Vertreter des Reiches, des Senats, der Wissenschaft und der Presse dem Dampfer „Columbus“ entgegengefahren. Der Dampfer hatte sich infolge heftiger Schneestürme und dichten Nebels verspätet. Im Anschluss wurden für Dr. Ekeners große Guldigungen veranstaltet. Zuerst begrüßte ihn der Vizepräsident des Ausschusses des Norddeutschen Lloyd Hoffmann. Hierauf hielt Staatssekretär Krone im Namen des Reichspräsidenten eine Begrüßungsansprache, in der er sagte, der hohe Gedanke Zeppelins sei jetzt zur Wirklichkeit geworden. Die neue Form der Verwendung von Luftschiffen habe beim amerikanischen Volksfliegen Einbruch gemacht. Darauf könne jetzt politisch und wirtschaftlich weitergebaut werden. Jedenfalls hoffe er, daß es gelingen werde, die deutsche Luftschiffahrt von 100000 Personen zu befreien und die Wege des J. R. 13 in Friedrichshafen zu erhalten. Nachdem noch der Senator Boemers im Namen der Stadt Bremen und der württembergische Finanzminister Deßlingen Dr. Ekeners bewillkommnet hatten, dankte dieser in einer Ansprache für die ihm bereiteten Ehren.

Ein englisches Ultimatum in Ägypten.

Antwort in 24 Stunden.

Kairo, 23. November. Der britische Oberkommissar Lord Allenby begab sich heute nachmittag fünf Uhr, eskortiert von einem Kavallerieregiment, zum ägyptischen Premierminister Nagul Pascha und übergab ihm die englische Note. Der Besuch dauerte fünf Minuten.

London, 23. November. (Drahtbericht.) Der Oberkommissar Allenby überreichte Nagul Pascha eine Note, in der er eine angemessene Entschuldigung, die Zahlung einer Entschädigung von einer halben Million Sterling, das Verbot politischer Demonstrationen und die Entfernung der ägyptischen Offiziere aus den ägyptischen Truppenverbänden, die im Sudan stehen, gefordert wird. Die Note spricht sich ferner für die Welterhaltung der juristischen und finanziellen Angelegenheiten in Ägypten aus.

London, 23. November. (Drahtbericht.) Das Reuters Bureau meldet aus Kairo: Eine Antwort auf die britische Note wird von der ägyptischen Regierung binnen 24 Stunden verlangt.

Ägypten lehnt das Ultimatum ab.

London, 23. November. Nach einer Mitteilung aus Kairo erklärte der Premierminister Nagul Pascha gestern abend in der Kammer, das Kabinett schlage vor, die Forderung auf Zahlung einer halben Million Sterling und ebenso die Forderung auf Verhaftung und Bestrafung der Verbrecher anzunehmen, die anderen Forderungen aber abzulehnen. Die Kammer habe dieser Entscheidung zugestimmt und ein Vertrauensvotum angenommen.

In Kairo sind bisher zwei Personen verhaftet worden, die der Teilnahme an der Ermordung des Sirbars verdächtig erschienen. In Alexandria kam es heute wieder zu keinen englischfeindlichen Studentenunruhen, worauf die britischen Truppen einen Umzug durch die Straßen veranstalteten. Aus Gibraltar wird gemeldet, 1 Bataillon Infanterie habe Befehl erhalten, sich am 29. November nach Ägypten einzuschiffen.

Kairo, 23. Nov. Der Oberkommissar Lord Allenby hat Nagul Pascha auf seine Note sofort geantwortet, infolge der Ablehnung der Forderungen 5 und 6 würden Instruktionen an die Regierung des Sudans gesandt werden, um die Zurückziehung der ägyptischen Offiziere und Truppen aus dem Sudan zu bewirken, wobei hinzugefügt werde, daß es der Regierung des Sudans feststehe, daß zu dem gefährlichen Gebiet von Gexira in unangrenzter Ausdehnung zu erweitern. Nagul Pascha werde später über die Schritte unterrichtet werden, die Großbritannien wegen der Ablehnung der Forderung 7 betreffend den Schutz der ausländischen Interessen unternehmen werde. Die Zahlung der Summe von 1/2 Millionen Pfund wird bis morgen mittag verlangt.

Die ägyptischen Offiziere im Sudan ermordet!

Paris, 23. Nov. Der „Matin“ erfährt aus Kairo, daß die sudanesischen Soldaten im Sudan ihre Offiziere ägyptischer Nationalität getötet haben. In Kairo erklärten englische Soldaten offen, daß sie, wenn Großbritannien nicht eine Sühne des Mordes an Sir Cecil beantragen würde, sie auf eigene Faust Vergeltungsmassnahmen ergreifen werden. Die ägyptische Bevölkerung verhält sich ruhig. (Eine Befestigung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.)

Englands Stellung zu Russland.

London, 23. Nov. Die gestern von dem englischen Regierung an die Sowjetregierung gerichteten beiden Noten, in denen es abgelehnt wird, die mit dem Sowjetstaat geschlossenen Verträge dem Reich zu überlassen,